

Großbritannien lehnt sich gegen EGMR auf

Maximilian Steinbeis

2011-02-14T21:33:46



Wir haben ja unseren eigenen Ärger mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), in punkto Sicherungsverwahrung etwa, oder wenn es um die Frage überlanger Gerichtsverfahren geht.

Aber wir versuchen nach Kräften, uns zu benehmen. Was man von den Briten derzeit nicht behaupten kann. Die steuern mit einer Stiernackigkeit auf eine Kollision mit dem Straßburger Gericht zu, die wirklich ihresgleichen sucht.

Anlass des Streits ist ein Urteil der Großen Kammer von 2005, [Hirst v. United Kingdom](#): Nach britischem Recht dürfen Strafgefangene nicht wählen. Das, so der EGMR, verstößt gegen die Menschenrechtskonvention.

Die Briten sind da nicht die Einzigen. Erst in den letzten Monaten hat der EGMR ähnliche Vorschriften in [Österreich](#) (ein Fall mit besonders farbigem [Sachverhaltshintergrund](#)) und [Italien](#) aufs Korn genommen. Auch die Verfassungsgerichtshöfe von Kanada und Südafrika hatten geurteilt, dass Strafgefangene nicht pauschal vom Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfen.

Hinter dem Wahlrechtsausschluss – dem "Verlust der bürgerlichen Rechte" – steht allerdings eine lange rechtshistorische Tradition: Wer ein Verbrechen begangen hat, soll aus der Gesellschaft entfernt werden, um seine Tat zu sühnen. Und das schließt den Ausschluss von der gesellschaftlichen Selbstbestimmung durch Wahlen und Abstimmungen mit ein. Der EGMR zitiert lapidar "the times of Edward III", also das 14. Jahrhundert.

(In [Deutschland](#) ist der Ausschluss vom aktiven Wahlrecht übrigens nur bei bestimmten politischen Straftaten möglich.)

Der Souverän sagt: Mir doch egal

Hirst v. United Kingdom ist jetzt fünfeinhalb Jahre her. Passiert ist aber bisher überhaupt nichts. Und es wird wohl auch nichts passieren. Es sieht so aus, als wenn Großbritannien an dieser Stelle die Konfrontation suchen wird, und wenn die EMRK dabei draufgeht.

Im letzten Dezember hatte die Regierung immerhin schweren Herzens angekündigt, das Problem mit einer Rechtsänderung aus der Welt zu schaffen. Zuvor hatte der EGMR mit seinem Urteil [Greens and M.T. v. United Kingdom](#) den Tonfall noch einmal verschärft und eine Frist bis August 2011 gesetzt, den Strafgefangenen endlich zu ihrem Recht zu verhelfen.

Aber souverän ist in Großbritannien bekanntlich das Parlament. Und dort haben die Tories die Mehrheit, die ihren Wählern versprochen haben, endlich etwas gegen diese arroganten kontinentalen Juristentypen zu unternehmen, die den Briten die ganze Zeit vorschreiben möchten, wie sie sich zu verhalten haben. Und Labour, begierig, sich als Partei mit der Hand am Puls des britischen Arbeiters zu rehabilitieren, fällt eifrig in den Chor der Widerstandsprediger mit ein, in Gestalt von Tony Blairs früherem Innenminister Jack [Straw](#).

234 Abgeordnete [stimmten](#) letzte Woche im House of Commons gegen das Wahlrecht für Strafgefangene, 22 dafür (formell allerdings nicht bindend). Jetzt kann die Regierung wählen zwischen Konventionstreue und Achtung der Menschenrechte einerseits und der überwältigenden Mehrheit der eigenen Volksvertreter andererseits.

Womöglich wird somit die EMRK das erste Opfer des britischen Euroskeptizismus, und nicht die EU.

Mehr dazu [hier](#), [hier](#) und [hier](#) und – bizarro – [hier](#).

Zum Heulen ist das.

Foto: Sarah Heiman, Flickr [Creative Commons](#)

